

„SOZIALE NÄHE IN ZEITEN DES ABSTANDES“

STELLUNGNAHME ZU DEN ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN HERAUSFORDERUNGEN WÄHREND UND NACH DER CORONA-KRISE

DES BISCHOFS VON ESSEN,
DES RATES FÜR WIRTSCHAFT UND SOZIALES DES BISCHOFS VON ESSEN
UND DER KATHOLISCHEN AKADEMIE DIE WOLFSBURG



Der Bischof von Essen
Dr. Franz-Josef Overbeck



Impressum

Katholische Akademie DIE WOLFSBURG
Falkenweg 6
45478 Mülheim an der Ruhr
www.die-wolfsburg.de

Gestaltung:
Mark Radtke

„SOZIALE NÄHE IN ZEITEN DES ABSTANDES“ STELLUNGNAHME ZU DEN ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN HERAUSFORDERUNGEN WÄHREND UND NACH DER CORONA-KRISE

Die Corona-Pandemie unterzieht die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft einem Stresstest sondergleichen. Sicherheiten geraten ins Wanken, wirtschaftliche Existenzen sind zerbrochen oder drohen zu zerbrechen und die Grundlagen für ein gelingendes und selbstbestimmtes Leben in Würde und körperlicher wie gesundheitlicher Unversehrtheit sind vielerorts bedroht. Diese Krise verschärft soziale Ungleichheiten, reduziert den für eine Gesellschaft so notwendigen sozialen Kontakt auf ein Minimum und fördert verdeckte bzw. verdrängte Probleme offen zutage. Mit den zahlreichen Lasten, die die Pandemie mit sich bringt und vor allem die Alten, Vulnerablen und Ärmsten am härtesten trifft, darf niemand alleine gelassen werden. Zugleich schultert auch die junge Generation die Folgen der starken Einschränkungen – finanziell wie sozial. Somit sind Zugewandtheit, solidarisches Handeln und Mitmenschlichkeit Gebote der Stunde.

Diese Stellungnahme ist ein Aufruf zur Solidarität hinein in die vielfältigen Lebensbereiche und verschiedenen Ebenen der Gesellschaft – auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie. Als Teil der offenen Zivilgesellschaft beteiligen wir uns an dem gesellschaftspolitischen Diskurs zu den ökonomischen und sozialen Herausforderungen, die von der Corona-Krise verursacht worden sind und geben Impulse für eine gerechte und nachhaltige Zukunft, formulieren Gemeinwohlziele für eine solidarische Gesellschaft, machen auf die drängenden Nöte sowie vernachlässigten Felder gegenwärtiger Diskurse aufmerksam und richten den Blick auf diejenigen, die von der Corona-Krise in besonderem Maße betroffen sind. Um die globale Dimension der Pandemie wissend, in der internationale Solidarität unentbehrlich ist – angefangen bei den fehlenden Ressourcen und mangelndem Infektionsschutz der in Armut lebenden Bevölkerungsteile bis hin zu der Frage, wie eine gerechte Verteilung der Impfstoffe gewährleistet werden kann –, richtet sich der Blick in dieser Stellungnahme auf die ökonomischen und sozialen Herausforderungen in Deutschland, und zwar unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebiets und der Regionen und Kreise des Bistums Essen.

An der Diskussion und Beratung waren beteiligt:

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Mitglieder des Rates für Wirtschaft und Soziales

Katholische Akademie DIE WOLFSBURG

1. Arbeitslosigkeit mit solidarischen Maßnahmen abwenden, gefährdete Unternehmen und Einrichtungen direkte Hilfen zukommen lassen und den Arbeitsmarkt zukunftsfähig umgestalten.

Im Zuge der Lockdown-Maßnahmen wächst neben der Zahl der Arbeitslosen auch die Angst vor einem drohenden Arbeitsplatzverlust. Hierbei sind vor allem Solo-Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einkommensschwache betroffen, die häufig in exponierten Berufen arbeiten, wo sie einem erhöhten Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind, das sich in Anbetracht der neuen hochansteckenden Virusmutationen noch einmal erhöht. Prekär Beschäftigte, die sich aufgrund eines fehlenden bzw. mangelnden Arbeits- und Infektionsschutzes häufiger mit dem SARS-CoV-2-Virus infizieren, müssen noch besser geschützt werden. Daher ist es unabdingbar, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und in bestimmten Bereichen engmaschiger zu überprüfen. Eine soziale und wirtschaftliche Abfederung der genannten Gruppen ist zwingend erforderlich. Diese Forderung gilt in gleichem Maße für Menschen, die von der Grundsicherung leben. Die Corona-Krise verschärft ihre Armut nochmals, sodass zusätzliche finanzielle Zuwendungen ein wirksames Mittel sind, der gestiegenen Finanznot entgegenzuwirken.

Arbeit – Fundament für ein gutes und gelingendes Leben, gleichzeitig Gut zur Verwirklichung des Menschseins selbst – darf in ihrem Wert und ihrer Qualität nicht geringgeschätzt werden. Die mit der Erwerbstätigkeit verbundenen Steuereinnahmen und damit zusammenhängende Finanzierung des Sozialstaats unterstreichen zudem die enorme Bedeutung für eine solidarische Gesellschaft und ihren Zusammenhalt. Instrumente der Krise – wie z.B. das Kurzarbeitergeld – helfen indes, die Schäden zu mindern und verdienen daher besondere Würdigung.

Zeitgleich sollten aber auch für Arbeitgeber, gerade in einer Krise mit schwer abzu sehenden wirtschaftlichen Folgen, starke Anreize geschaffen werden, um die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen, was etwa durch die Beseitigung von Einstellungshürden erreicht werden kann. In gleicher Weise sind Arbeitgeber und Unternehmen, die aufgrund der Corona-Krise erhebliche Einbußen verzeichnen, selbst auf Hilfen angewiesen. Kultureinrichtungen wie Museen, Theater und weitere Sektoren der Kreativwirtschaft, die seit dem Prozess des Strukturwandels einen integralen Bestandteil des Ruhrgebietes bilden, befinden sich in einer akuten Notlage. Ferner sind die für die Region wichtigen Branchen wie die Gastronomie und der Tourismus über weite Strecken zum Erliegen gekommen. Stark betroffene Branchen und wirtschaftliche Unternehmen, die sich nun vor das wirtschaftliche Aus gestellt sehen, bedürfen einer noch schnelleren, klugen und unbürokratischeren Förderung durch den Staat. Die konkreten Mittel müssen direkt und ohne Verzögerungen ankommen.

2. Anwaltschaft für schwache, kranke und einsame Menschen übernehmen und die Achtsamkeit gegenüber Marginalisierten erhöhen.

So sehr soziale Distanz ein Zeichen der Achtsamkeit und ein Dienst am Nächsten zugunsten ihrer/seiner Gesundheit ist, fordern das Kontaktverbot, Isolation und Quarantänemaßnahmen zeitgleich einen hohen Tribut: Vor allem ältere und kranke Menschen sowie Personen aus gesundheitlichen Risikogruppen drohen zu vereinsamen. Das wochenlange Ausbleiben von Besuchen in Alten- und Pflegeeinrichtungen hat Folgen für die psycho-soziale Verfassung und das körperliche Wohlbefinden. Für Sterbende und Trauernde ist das Abschiednehmen erschwert. Doch auch andere hilfsbedürftige Gruppen, wie alkohol- und medikamentenabhängige Personen, die in therapeutischen Einrichtungen wohnen, sind mit Blick auf die Besuchsverbote großen Herausforderungen ausgesetzt. Begegnung und soziale Nähe sind ein Recht, das für Alte, Schwache und Kranke nur in absoluten und klar umgrenzten Ausnahmesituationen begrenzt werden darf. Wir unterstützen Einrichtungen, die einen Rahmen zur Ermöglichung dieses Rechts bereitstellen und begrüßen Hilfen etwa in der Durchführung von Schnelltests, um Besuche zu gewährleisten. Im Spannungsverhältnis zwischen der Gesundheitsfürsorge und Prävention auf der einen und den psycho-sozialen Bedürfnissen auf der anderen Seite gilt es, klug abgewogene und besonnene Entscheidungen zu treffen, die auch zugunsten der zutiefst menschlichen Bedürfnisse nach Nähe und des Gehaltenwerdens ausfallen können. Dies bedeutet konsequenterweise eben auch eine in Freiheit jedes und jeder Einzelnen verantwortete Entscheidung für ein mögliches gesundheitliches Risiko, unter Vorkehrungen des Schutzes anderer.

Quarantänemaßnahmen und verordnete Isolationen wirken sich auch außerhalb der genannten Orte in privaten Haushalten aus. So verstärken diese sowohl bereits bestehende psychische Krankheiten wie Depressionen als auch den Hang zu suizidalen Gedanken bis hin zum Suizid selbst. Professionelle Hilfeleistungen in Form von Suizidprävention und dem frühzeitigen Erkennen von Warnsignalen sind in diesen Fällen dringend notwendig und müssen intensiviert werden.

Wohnungslose, Geflüchtete, sowie Migrant*innen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus stellen zudem allesamt Personengruppen dar, die zum einen verstärkt – zumindest temporär – in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, zum anderen in besonderer Weise auf staatliche und ehrenamtliche Hilfe angewiesen sind. Als Zeichen eines solidarischen Miteinanders ist es geboten, diesen Teilen der Gesellschaft, die zurzeit häufig aus dem Blick geraten, wieder mit Achtsamkeit zu begegnen. Konkret sollten Rahmenbedingungen geschaffen werden, um ehrenamtliche Arbeit sicher anbieten und schwierige Wohnungssituationen adäquat lösen zu können. Die veränderte Spendenbereitschaft während der Pandemie sowie das geringere Angebot an sog. Gelegenheitsjobs verschärfen zudem die Situation vor allem von Obdachlosen. Gezielte

Werbekampagnen und eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit dienen dazu, für das Thema stärker zu sensibilisieren und die Spendenbereitschaft zu erhöhen.

Zivilgesellschaftliches Engagement, wie die vielfältigen Formen von selbstorganisierten Nachbarschaftshilfen, stimmen hoffnungsvoll und sind starke Zeichen bürgerschaftlicher Solidarität. Ferner sind neben der Politik auch die Kirchen dazu verpflichtet, weitere Angebote zu schaffen, der Vereinsamung und ihren Folgen entgegenzuwirken. Beispiele für caritative Initiativen lassen sich zahlreich finden. Zu nennen sei an dieser Stelle u.a. die Telefonseelsorge der Caritas: Anlaufstation für Ängste, Sorgen und Nöte, die mit der Corona-Krise zusammenhängen, zugleich Ratgeber und Vermittler von Hilfsangeboten. Soweit dies möglich ist und die Ressourcen es zulassen, gilt es zu prüfen, ob diese Leistungen noch weiter intensiviert und breiter aufgestellt sowie Freiwilligendienste stärker gefördert werden können.

Ob die angebotenen Maßnahmen zielgerecht und wirksam waren und wo man es versäumt hat, dem Gebot der Mitmenschlichkeit nachzukommen, bedarf der selbstkritischen Prüfung – sowohl nach der Corona-Pandemie als auch in der jetzigen Zeit. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen, die das Thema der Vereinsamung auf die politische Agenda setzen und voranbringen.

3. Unterstützungsmaßnahmen für Familien und Partnerschaften bereitstellen, die im Zuge der Corona-Krise unter erhöhtem Druck stehen und die schwierige Lage von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärker in den Blick nehmen.

Die belastende Zeit der Corona-Pandemie stellt Beziehungen und das familiäre Leben auf die Probe. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten, beengte räumliche Wohnverhältnisse und die Angst vor dem Wegbrechen der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlage strapazieren das subjektive Stressempfinden und führen zu verstärkten Spannungen innerhalb der Beziehungen und Familien, die bis zu häuslicher Gewalt führen können bzw. diese noch verstärken. Leidtragende sind hierbei vor allem Kinder und Frauen – die Zahl der Opfer häuslicher Gewalt steigt stetig. Kontrollen des Kindeswohls durch das Jugendamt sind erschwert, Kurzarbeit und Homeoffice verstärken hingegen die Kontrolle der Täter*innen über ihre Partner*innen. Bedingt durch die Kontaktbeschränkungen fehlt Kindern zudem der Zugang zu erwachsenen Person außerhalb der Kernfamilie, denen sie sich in der Not anvertrauen könnten. Konzepte und Präventionsmaßnahmen zum Wohle der Kinder sowie die Förderung von Frauenhäusern und weiteren Unterstützungsstellen für die Opfer häuslicher Gewalt sind daher unverzichtbar.

Tendenzen der Retraditionalisierung der Geschlechterrollenverteilung innerhalb der Familie, die während der Pandemie in vielen Fällen zunehmen, verstärken überdies

die Asymmetrie zwischen den Geschlechtern zu Ungunsten der Frauen. Ein realistisches und komplexitätsbewusstes Bild von Familie sollte gezeichnet und tragfähige Zukunftsperspektiven für die Arbeitsteilung auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Pandemie gefördert werden.

Begrenzte bzw. in Gänze ausgefallene Betreuungsmöglichkeiten, die u.a. mit dem Verlust des benötigten vertrauten Tagesrhythmus und Alltags einhergehen, die teils gestiegene Arbeitsbelastung der Partner*innen und der verminderte Sozialkontakt zu Arbeitskolleg*innen, Schulfreund*innen etc. verschärfen Konflikte in Beziehungen und Familien. Familien, die Kinder mit Behinderung betreuen und sonst durch eine Begleitung stark entlastet werden, treffen die Schließungen in besonderem Maße.

Kinder und Jugendliche, auch diejenigen mit einer geistigen und körperlichen Behinderung, leiden unter dem Gebot der Distanz und des Abstands stark. Die Beschränkungen sozialer Kontakte wirken sich negativ auf ihre Entwicklung und ihr Verhalten sowie auf ihr psycho-soziales Wohlbefinden aus. Der ausbleibende, für die (früh-)kindliche Entwicklung aber notwendige soziale Kontakt zu anderen gleichaltrigen Kindern, Distanzlernen und fehlende Möglichkeiten, sich mit Freund*innen in Präsenz treffen zu können, isolieren und hemmen die Bewusstseinsbildung eines sozialen Miteinanders und Entwicklung eines Gemeinschaftssinns. Studierende und junge Menschen, die sich in ihrer persönlichen Berufsfindungsphase befinden, knüpfen in diesem Lebensabschnitt Netzwerke und wichtige Kontakte – auch international. Die umfangreichen Beschränkungen verunmöglichen das Reisen und erschweren die basale berufliche Entscheidungsfindung. Die bereits angesprochene Schließung der Betriebe bestimmter Branchen und der Wegfall sog. Gelegenheitsjobs bringt junge Erwachsene zudem wirtschaftlich in eine prekäre Situation. Es gilt, Möglichkeiten anzubieten, um die verlorene Zeit zumindest in Teilen nachholen zu können und eine zusätzliche finanzielle Förderung junger Menschen zum Bestreiten des Lebensunterhalts zu forcieren.

Im Zuge der Neuverschuldung ist eine besonnene und zukunftsermöglichende Geldpolitik unter dem Primat der Generationengerechtigkeit unabdingbar. Eine Verschuldung auf Kosten nachfolgender Generationen, die allein dazu dient, den Lebensstandard mittelfristig auf Vorkrisenniveau zu halten, wäre unsolidarisch. Es gilt, der generationenübergreifenden, gegenseitigen Verpflichtung zu Kooperation und Unterstützung in der Gesellschaft nachzukommen und in zukunftsfähige Strukturen zu investieren. Dazu gehört ebenfalls der Aspekt der Bildungsgerechtigkeit, weshalb die Bereitstellung der notwendigen digitalen Infrastruktur sowie die Förderung von Schüler*innen aus benachteiligten Familien jetzt notwendig sind, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Zukunftsperspektive eines guten und gelingenden Lebens bieten zu können.